

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

April 2006

Jahrgang 35

IG Metall Tarifrunde 2006

Nicht kleckern - jetzt klotzen!

Öffentlichen Dienst: Abschluss bei 39 Stunden/Wo. kostet Arbeitsplätze.
Keine Arbeitszeitverlängerung - IG Metall Erholpause muss bleiben.

Ist es nicht besser, lieber einige Wochen streiken, als bei Hartz IV landen? Sind nicht 5 Millionen Arbeitslose genug? Das war der Antrieb der Ver.di-Streikenden, Schluss zu machen mit der unsinnigen Arbeitsplatzvernichtung. Aber eine halbe Stunde in der Woche mehr sind ein Verlust nicht von 250.000 sondern von rund 84.000 Arbeitsplätzen. Die Scharmacher im Arbeitgeberverband, an der Spitze Mannheims OB Widder, spricht vom Signal in die richtige Richtung. Die Tinte unter dem Tarifvertrag ist noch nicht trocken, schalten die Saubermänner in den Rathäusern ihr Signal auf Arbeitsplatzvernichtung. Der gleiche Effekt tritt bei der Abschaffung der Erholzeiten für Beschäftigte in taktgebundenen Bändersystemen, im Akkord- und Prämienlohn, in der Metallindustrie ein. Mit der Unternehmer- und Politikerpropaganda, ob auf die Metallindustrie oder den Öffentlichen Dienst bezogen, muss endlich aufgeräumt werden. Wie dumm und töricht die Zweckpropagandisten ihr Argument,

dass längere Arbeitszeiten von immer weniger Beschäftigten, mehr Arbeitsplätze schaffen, lässt sich auch mit „wissenschaftlichen Expertenrunden“ nicht belegen. Auch Erholzeiten sichern Ar-

beitsplätze. Rund 92.000 Beschäftigte im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden haben 5 Minuten pro Stunde Erholzeiten. Erholzeiten sind für Beschäftigte an Montagebändern oder für Prämien- und Akkordarbeiter unerlässlich, um Leistungsdruck und psychische Belastungen zu minimieren. Wenn Unternehmer tarifliche Erholzeiten zur Arbeitszeitverlängerung wollen, handeln sie gegen arbeitsmedizinisch erforschte Erkenntnisse und verstoßen gegen humane Arbeitsbedingungen. Durch den Wegfall der Erholzeit werden rund 7.700 Arbeitsplätze vernichtet.



*Mann, sie haben vergessen,
das Zahngold anzugeben!*

Es ist höchste Zeit!

Der „Weiter so Politik“ von CDU-CSU/SPD in Berlin muss öffentlicher und gewerkschaftlicher Widerstand entgegengesetzt werden. Die Abwehrkämpfe der Gegenwart gegen Kapital und Kabinett sind für die Zukunft, insbesondere für die Zukunft unserer Kinder und der Jugend lebensnotwendig.



UZ - UNSERE ZEIT

die Zeitung für Arbeiter u. Angestellte

Verkauf vor den Werkstoren
am Freitag, den 28. Mai 2006
ab Frühschicht



Die DKP im Internet: www.dkp.de www.unsere-zeit.de DKP Heidenheim: www.DKP-Heidenheim.de

Sie predigen Wasser und saufen Champagner

Die zehn Vorstandsmitglieder von DaimlerChrysler haben sich im letzten Jahr eine kräftige Gehaltserhöhung gegönnt. Um neun Prozent stiegen ihre Bezüge an. Zusammen haben sie damit 34,9 Millionen Euro verdient.



Profitrekorde - aber keine Lohnerhöhungen

In der Metallindustrie kämpfen die Beschäftigten für den Erhalt von Erholzeiten und eine Lohnerhöhung von fünf Prozent. Die Bosse der Unternehmen mauern wieder einmal und beschwören den Niedergang der Wirtschaft. Dabei sind die Umsätze im Jahr 2004 um rund 5,3 Prozent gestiegen, die Gewinne sogar um 58,8 Prozent. Im Jahr 2005 haben die Unternehmer noch einmal 20 Prozent mehr Profit gemacht. Für 2006 wird ein weiterer Profitregen erwartet. Binnen drei Jahren werden sich die Profite der Metallbetriebe dann mehr als verdoppelt (+ 127%) haben.



SOLIDARITÄT mit Michael Csaszkóczy Weg mit dem Berufsverbot!

Während Politiker an Wahltagen über die Wahlerfolge von Naziparteien klagen, soll einem engagierten Antifaschisten ein Maulkorb verpasst und seine berufliche Zukunft zerstört werden. Dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy wird die Einstellung in den Schuldienst der Länder Baden-Württemberg und Hessen verweigert, weil er Mitglied der Antifaschistischen Initiative Heidelberg ist und sich nicht von ihr distanzieren will. Diese antidemokratische Politik richtet sich gegen alle engagierten Initiativen und Menschen in unserem Land. Deshalb müssen wir uns gemeinsam gegen diese erniedrigende Berufsverbotspolitik wehren. Die Gesinnungsschnüffelei und die Gesinnungsjustiz der 70er Jahre lebt wieder auf. Ein politischer Unterdrückungsknüppel erlebt einen Frühling. Rund 3,5 Millionen Beschäftigte und Bewerber für den öffentlichen Dienst wurden damals durchleuchtet. Die Schnüffler des sogenannten „Verfassungsschutzes“ lieferten damals in eine Datei rund 18,5 Millionen Eintragungen. Alle Spitzelakten müssen herausgeben und den Betroffenen muss Einsicht gewährt werden. Berufsverbotsopfer sind zu rehabilitieren und zu entschädigen.



Armut hat System

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich:

"Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich."
(Kindervers von Bert Brecht)



Wir wollen ein anderes!

Keine Almosenempfänger

Bis zum Ablauf der Friedenspflicht hatten die Unternehmensbosse überhaupt kein Angebot vorgelegt. Jetzt, nachdem bereits über 100.000 Metallbeschäftigte sich an Warnstreiks beteiligt haben, kommt ein "Angebötchen" von 1,4 Prozent plus Einmalzahlung. Die Beschäftigten sind aber keine Almosenempfänger, sie wollen einen gerechten Anteil an dem, was sie seit Jahren erarbeitet haben. Allein im letzten Jahr haben die Unternehmen in der Metallindustrie 16,5 Milliarden Euro an Gewinnen eingefahren, 2006 sollen es fast 20 Milliarden werden.



Streikrecht in Deutschland widerspricht EU-Sozialcharta

Zum wiederholten Male hat der Europarat die Einschränkungen des deutschen Streikrechts gerügt und sie als unzulässig bezeichnet.

Mit der vor mehr als 30 Jahren von Deutschland anerkannten Europäischen Sozialcharta sei es nicht vereinbar, Streiks nur dann für legal zu erklären, wenn sie von Gewerkschaften organisiert oder nachträglich übernommen und verantwortet werden. In seiner Stellungnahme fordert das Ministerkomitee als oberstes Entscheidungsgremium des Europarats Deutschland auf, die nationale Gesetzgebung in Einklang mit den Bestimmungen der Sozialkonvention zu bringen. Vielfältige Begrenzungen des Streikrechts in Deutschland widersprechen internationalen Verpflichtungen. Dem müsse die Rechtsprechung Rechnung tragen. Die deutsche Rechtsprechung schränke das Streikrecht auf Ziele ein, die tariflich geregelt werden können. Proteststreiks und Solidaritätsstreiks werden da in der Regel als unzulässig angesehen. Die Einschränkungen widersprechen der Europäischen Sozialcharta. Unsere Gewerkschaften sollten daher klären, inwieweit auch Streiks z.B. gegen die Anhebung des Rentenalters, gegen Gesundheitsgesetze und gegen Gesetze möglich sind, die demokratische Rechte z.B. Arbeitsrechte und Gewerkschaftsrechte einschränken.

